



Protokoll Einwohnergemeindeversammlung

Datum	Montag, 1. Dezember 2025
Zeit	19:30 Uhr – 20:45 Uhr
Ort	Mehrzweckhalle Preisegg
Leitung	Weber Raymond
Anwesend	Baumgartner Andreas Dähler Diana Güggi Nils Plüss Lilian Rothenbühler Niklaus Röthlisberger Simon
Entschuldigt	-
Protokoll	Berger Karin
Anwesende	59 Personen = 2.37 % von 2'488 Stimmberechtigten
Ohne Stimmrecht	7 Personen

Begrüssung und Eröffnung

Gemeindepräsident Raymond Weber begrüsst die Anwesenden zur Gemeindeversammlung und eröffnet die Versammlung.

Formelle Feststellungen

Publikation und Auflage

Die Einladung und die Traktandenliste wurden fristgerecht am 31. Oktober 2025 auf e-Publikation und auf der Homepage publiziert. Die Botschaft des Gemeinderats zu den einzelnen Geschäften ist den Stimmberechtigten zugestellt worden.

Die Unterlagen zur Versammlung sind seit dem 31. Oktober 2025 öffentlich aufgelegt.



Stimmrecht

Der Gemeindepräsident stellt durch Umfrage das Stimmrecht der Teilnehmenden fest. Nicht stimmberechtigt sind Martin Meyer, Leiter Abteilung Bau; Franziska Gygax, Stv. Gemeindeschreiberin; Reto Zürcher, Hauswart; Dalila Plüss und Reto Pfister als Berichterstatter des Unter Emmentalers. Sie haben separat Platz genommen.

Ebenfalls nicht stimmberechtigt sind Karin Berger, Gemeindeschreiberin und Brigitte Pfister, Finanzverwalterin. In ihrer Funktion sitzen sie am Tisch des Gemeinderats.

Wahl des Stimmenzählers

Als Stimmenzähler werden vorgeschlagen und als gewählt erklärt:

André Plüss und Simon Rieben

Die Stimmenzähler werden gebeten, die Anwesenden zu zählen und der Protokollführerin vor der ersten Abstimmung zu melden.

Rügepflicht

Der Gemeindepräsident verweist auf die Rügepflicht an der Versammlung. Die Verletzung von Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften ist sofort zu beanstanden (Art. 49a Gemeindegesetz).

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird genehmigt.

- 1. Budget 2026** – Beratung und Genehmigung des Budgets 2026 mit Festsetzen der Steueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehrabgabe; Kenntnisnahme der Finanzplanung
- 2. Verschiedenes**

Traktandum 1

Budget 2026 – Beratung und Genehmigung des Budgets 2026 mit Festsetzen der Steueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehrabgabe, Kenntnisnahme der Finanzplanung

Referentin: Plüss Lilian

Lilian Plüss verweist auf die Botschaft, welche in alle Haushalte verschickt wurde. Die Erläuterungen zum Budget 2026 sind darin detailliert enthalten. Sie verzichtet darauf, diese nochmals zu wiederholen, steht aber für ergänzende Auskünfte und Fragen zur Verfügung. Das Wort wird nicht verlangt.



Das Ergebnis präsentiert sich wie folgt:

Allgemeiner Haushalt		CHF	-1'349'900
Spezialfinanzierungen			
Wasserversorgung	CHF	-87'500	
Abwasserentsorgung	CHF	-48'100	
Abfallentsorgung	CHF	<u>-41'250</u>	<u>CHF -176'850</u>
Gesamthaushalt		CHF	-1'526'750

Die Steueranlage bleibt unverändert bei 1.79 Einheiten, die Liegenschaftssteuer wurde letztes Jahr auf 1.2 Promille gesenkt und bleibt ebenfalls unverändert. Die Feuerwehersatzabgabe verbleibt auf 3.5 Prozent. Der Mindestbetrag bleibt unverändert bei 20 Franken, der Maximalbetrag 450 Franken.

Die Spezialfinanzierung Feuerwehr finanziert sich mit den Feuerwehersatzabgaben. Der Aufwandüberschuss im 2026 beträgt 15'150 Franken, das Eigenkapital beträgt damit Ende Jahr 325'100 Franken. Als einseitige Spezialfinanzierung ist sie im allgemeinen Haushalt enthalten.

Alle Spezialfinanzierungen weisen im Budget 2026 einen Aufwandüberschuss aus. Diese Resultate sind gewollt, um die hohen Bestände abzubauen.

Aufwand

Der Gesamtaufwand beläuft sich auf 14.6 Mio. Franken und ist damit 1.364 Mio. Franken höher gegenüber dem Budget 2025. Gründe dafür sind:

- Bei den Lohnkosten ist ein Zuwachs von 8.3 Prozent oder 104'450 Franken eingerechnet. Darin enthalten sind:
 - Mit dem Personalreglement, welches die Stimmberechtigten am 30. November 2025 genehmigt haben, erhalten die Gemeinderatsmitglieder eine höhere Entschädigung.
 - Die Einreihungen der Mitarbeitenden wurden vom Gemeinderat angepasst.
 - Mehrkosten entstehen durch die Anstellung einer Mitarbeitenden in der Funktion der Stv. Gemeindeschreiberin und der neu geschaffenen Stelle der Abteilungsleitung Bildung.
 - Ebenfalls enthalten ist ein Teuerungsausgleich von 0.5 Prozent.
 - Aus den Anpassungen resultieren höhere Arbeitgeberbeiträge.
- Für den Sach- und Betriebsaufwand sind Mehrkosten von 240'450 Franken vorgesehen. Sie begründen sich mit:
 - Bei den Ver- und Entsorgungskosten fallen insbesondere die Stromkosten der Zivilschutzanlage Brännli ins Gewicht. Die gesamte Anlage muss wegen der hohen Feuchtigkeit immer ein wenig geheizt und entfeuchtet werden.
 - In den Dienstleistungen und Honoraren sind 20'000 Franken eingestellt. Im Zuge der Inspektion der Zivilschutzanlage sind verschiedene Mängel festgestellt worden. Diese müssen behoben werden.
 - Die Schule wird seit 2024 durch Zivildienstleistende unterstützt. Die Kosten für diese Einsätze werden mit 17'500 Franken berücksichtigt.
 - Auf das Schuljahr 2026/2027 hin wurde der Vertrag für den Schülertransport neu ausgeschrieben. Dafür sind Mehrkosten von 30'900 Franken berücksichtigt.



- Wie die Werkhofarbeiten ab dem Jahr 2031 ausgeführt werden sollen, will der Gemeinderat in den nächsten Jahren klären. Für die umfangreichen Abklärungen sind 30'000 Franken eingestellt.
- Zusammen mit den Sportbetriebe Brännli AG und dem FC Aemme soll eine Infrastrukturplanung 2035 gestartet werden. Die Gemeinde trägt davon 45'000 Franken und damit die Hälfte der voraussichtlichen Kosten.
- Im baulichen und betrieblichen Unterhalt sind die Kosten gegenüber dem Budget 2025 um 76'200 Franken höher:
 - Ersatz der 30 Jahre alten Lamellenvorhänge in der Gemeindeverwaltung mit Kosten von 49'000 Franken.
 - In der Mehrzweckhalle sind die Notlichtanlage und die Lüftungssteuerung zu ersetzen. Gemäss Offerte ist mit Kosten von 38'000 Franken zu rechnen.
- Der Finanzaufwand wird dank der aktuell günstigen Zinssituation rund 55'300 Franken tiefer ausfallen als im Vorjahr budgetiert.
- Der Transferaufwand ist über 1 Mio. Franken höher als im Jahr 2025. Grund dafür ist die periodengerechte Abgrenzung des Lastenausgleichs Ergänzungsleistung.

Bereits im Jahr 2016 verlangte der Kanton von den Gemeinden diese Umstellung. Mit dieser einmaligen buchhalterischen Anpassung werden im entsprechenden Rechnungsjahr nicht nur die Rechnung aus dem Vorjahr verbucht, sondern auch die voraussichtlichen Kosten des laufenden Jahres. Viele Gemeinden haben sich damals gegen eine sofortige Umsetzung gewehrt, da sie durch diese doppelten Kosten in eine finanzielle Schieflage geraten wären.

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsorgan und dank der guten finanziellen Lage, soll die erste dieser zwei Abgrenzungen im Jahr 2026 vollzogen werden. Die Abgrenzung des Lastenausgleichs Sozialhilfe ist für das Jahr 2027 vorgesehen.

2026				2027			
Erfolgsrechnung				Erfolgsrechnung			
Aufwand		Ertrag		Aufwand		Ertrag	
1) Zahlung Rechnung 2025	776'050			4) Abgrenzung Kosten 2027	790'600		
2) Abgrenzung Kosten 2026	744'650						
Aufwand	1'520'700			Aufwand	790'600		
Bilanz				Bilanz			
Bankkonto				Bankkonto			
Soll		Haben		Soll		Haben	
		1) Zahlung Rechnung 2025	776'050			3) Zahlung Rechnung 2026	744'650
		Geldfluss 2026	776'050			Geldfluss 2027	744'650
Abgrenzung Lastenausgleich				Abgrenzung Lastenausgleich			
Soll		Haben		Soll		Haben	
		Saldo vortrag	-			Saldo vortrag	744'650
		2) Abgrenzung Kosten 2026	744'650	3) Zahlung Rechnung 2026	744'650	4) Abgrenzung Kosten 2027	790'600
					744'650		1'535'250
Saldo 2026 (= Schuld)	744'650		744'650	Saldo 2027 (= Schuld)	790'600		1'535'250
			744'650		744'650		



Gliederung nach Funktion:

Allgemeine Verwaltung	CHF	1'462'950
Öffentliche Sicherheit	CHF	425'500
Bildung	CHF	4'433'850
Kultur, Sport, Freizeit, Kirche	CHF	271'000
Gesundheit	CHF	11'500
Soziale Sicherheit	CHF	4'295'400
Verkehr	CHF	1'119'450
Umwelt und Raumordnung	CHF	1'7470'100
Volkswirtschaft	CHF	49'350
Finanzen und Steuern	CHF	762'200

Ertrag

Im Budget 2026 wird mit einem Ertrag von 13.25 Mio. Franken gerechnet. Das sind 390'200 Franken mehr als im Budget 2025. Die Gründe dafür sind:

- Gestützt auf die Jahresrechnung 2024 und die Hochrechnungen für das Jahr 2025 wird mit einem Steuerzuwachs bei den natürlichen Personen von 78'300 Franken gerechnet. Dieser ist etwas tiefer als im Jahr 2025 budgetiert wurde.
- Für das Jahr 2026 wird mit deutlich weniger Anschlussgebühren für Wasser und Abwasser gerechnet. Die Entgelte fallen deshalb tiefer aus als im Vorjahr.
- Obwohl mit höheren Steuern gerechnet wird, steht die Gemeinde Hasle b.B. im Vergleich mit den bernischen Gemeinden nicht gut da. Die Steuereinnahmen pro Kopf nehmen weniger zu als im Durchschnitt aller Gemeinden im Kanton Bern.

Die tiefe Steuerkraft hat zur Folge, dass die Gemeinde einen höheren Beitrag aus dem Finanzausgleich erhält. Dieser beläuft sich auf 1.998 Mio. Franken und ist damit rund 314'000 Franken höher als im Budget 2025. Der Betrag entspricht mehr als fünf Steuerzehnteln.

Gliederung nach Funktion:

Allgemeine Verwaltung	CHF	125'800
Öffentliche Sicherheit	CHF	267'950
Bildung	CHF	542'650
Kultur, Sport, Freizeit, Kirche	CHF	3'500
Gesundheit	CHF	-
Soziale Sicherheit	CHF	466'500
Verkehr	CHF	46'650
Umwelt und Raumordnung	CHF	1'650'450
Volkswirtschaft	CHF	251'200
Finanzen und Steuern	CHF	9'896'700



Investitionen

Zum Erhalt der Infrastruktur sind Investitionen nötig. Für das Jahr 2026 sind Brutto-Investitionen in der Höhe von gut 1.8 Mio. Franken geplant. Davon entfallen:

Allgemeiner Haushalt			CHF	940'000
• Schulliegenschaften	CHF	430'000		
• Strassen	CHF	430'000		
• Asylunterkunft	CHF	80'000		
Spezialfinanzierungen			CHF	865'800
• Wasser	CHF	590'000		
• Abwasser	CHF	275'800		

Im Detail ist folgendes vorgesehen:

Schulliegenschaften:	Photovoltaikanlage Modulbau Preisegg Umrüstung Beleuchtung auf LED Schulraumplanung im Hinblick auf künftigen Bedarf
Strassen:	Sanierung Belag Kalchhofenstutz zusammen mit dem Ersetzen und Wasser- und Abwasserleitungen Sanierung Talgrabenstrasse Umsetzung Verkehrskonzept
Wasser	Anschluss an das Grundwasserpumpwerk Gomerkinden
Abwasser	Investitionsbeiträge an die ARA Mittleres Emmental Leitungersatz Kalchhofenstutz

Das jährliche Investitionsbudget wird vom Gemeinderat genehmigt und durch die Gemeindeversammlung zur Kenntnis genommen. Für jedes Vorhaben muss vorgängig der entsprechende Kredit genehmigt werden. Projekte bis 200'000 Franken beschliesst der Gemeinderat abschliessend. Bis 500'000 Franken unterliegen die Beschlüsse dem fakultativen Referendum, für Projekte über 500'000 Franken ist eine Urnenabstimmung nötig.

Finanzplanung

Das Investitionsprogramm und die Finanzplanung sind rollende Planungen, d.h. sie werden laufend, jedoch mindestens einmal pro Jahr überarbeitet und an die aktuellen Entwicklungen angepasst.

Für die Jahre 2026 bis 2030 sind Investitionen von 9.8 Mio. Franken geplant, davon entfallen 5.35 Mio. Franken auf den Steuerhaushalt. Auf die Wasserversorgung entfallen 2.8 Mio. Franken und auf die Abwasserentsorgung 1.7 Mio. Franken. Stand heute können die Investitionen ohne weiteres Fremdkapital finanziert werden.

In den Jahren 2026 und 2027 resultieren Aufwandüberschüsse. Diese sind mit den periodengerechten Abgrenzungen der Lastenausgleiche Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe begründet. Das «alte» Verwaltungsvermögen wird im nächsten Jahr letztmals mit 582'100 Franken



abgeschrieben. Ab 2028 resultieren wieder positive Ergebnisse, das bei gleichbleibender Steueranlage. Der Finanzplan wird als tragbar erachtet und wurde vom Gemeinderat am 3. November 2025 verabschiedet.

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat hat das Budget 2026 an der Sitzung vom 23. September 2024 mit folgendem Antrag zuhanden der Gemeindeversammlung verabschiedet:

- Genehmigung der Steueranlage von 1.79 Einheiten (unverändert)
- Genehmigung der Steueranlage für die Liegenschaftssteuern von 1.2 ‰ vom amtlichen Wert
- Genehmigung der Feuerwehrabgaben von 3.5 % des Staatssteuerbeitrages, mindestens 20 Franken, höchstens 450 Franken
- Genehmigung des Budgets 2026 der Erfolgsrechnung bestehend aus

	Aufwand		Ertrag	
Gesamthaushalt	CHF	14'601'300	CHF	13'074'500
Aufwandüberschuss			CHF	1'526'750
Allgemeiner Haushalt	CHF	13'020'150	CHF	11'670'250
Aufwandüberschuss			CHF	1'349'900
SF Wasserversorgung	CHF	610'950	CHF	523'450
Aufwandüberschuss			CHF	87'500
SF Abwasserentsorgung	CHF	624'850	CHF	576'750
Aufwandüberschuss			CHF	48'100
SF Abfall	CHF	343'350	CHF	304'100
Aufwandüberschuss			CHF	41'250

- Kenntnisnahme des Investitionsbudget 2026.

Der Gemeindepräsident eröffnet die Diskussion.

Das Wort wird nicht verlangt, die Diskussion wird geschlossen.

Der Präsident lässt über den Antrag des Gemeinderats abstimmen.

Beschluss

Dem Antrag des Gemeinderats wird ohne Gegenstimme zugestimmt.



Traktandum 3

Verschiedenes

3.1. Datenschutzbericht

Gemäss Art. 10 Abs. 3 des Organisationsreglements der Gemeinde übt das Rechnungsprüfungsorgan die Aufsicht über den Datenschutz aus. Der Datenschutzbericht 2024 liegt vor. Die Überprüfung hat ergeben, dass der Datenschutz im Rahmen der geltenden Vorschriften eingehalten wird.

3.2. Informationen aus dem Gemeinderat

Raymond Weber

Gemäss Kiesfondsverordnung ist über den Bestand des Fonds jährlich an der Gemeindeversammlung zu informieren. Der Kiesfonds wird jährlich mit 20'000 Franken geäufnet. Weil im Jahr 2025 keine Entnahme erfolgte, beläuft sich der Bestand Ende 2025 auf 104'705.75 Franken.

Bekanntlich wurde die «Klötzlimatte» an einen Investor verkauft. Das qualitätssichernde Verfahren ist abgeschlossen. In einem nächsten Schritt wird die Überbauungsordnung erarbeitet. Um die Nachbarschaft und weitere Interessierte über das Geplante zu informieren, findet am 27. Januar 2026, 19:00 Uhr eine Informationsveranstaltung statt. Der Veranstaltungsort ist noch nicht bekannt und wird zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben. Die Nachbarschaft wird persönlich eingeladen.

Simon Röthlisberger

Der Ausbau der beiden Schulzimmer im Schulhaus Goldbach ist abgeschlossen. Die Räumlichkeiten werden bereits rege genutzt. Der Gemeinderat konnte sich heute Morgen anlässlich eines Schulbesuchs in Goldbach und auf der Preisegg u.a. davon ein Bild machen.

Seit langem haben sich die Verantwortlichen vorausschauend um die Schulliegenschaften gekümmert, so dass genügend Schulraum vorhanden ist und sich dieser in gutem Zustand befindet. Damit dies so bleibt, wurde mit der Schulraumplanung begonnen. Dabei gilt es, nicht nur den Faktor Bevölkerungsentwicklung zu berücksichtigen, sondern auch den Lehrplan 21 mit seinen Ansprüchen an die Räumlichkeiten. Im Fokus steht dabei auch das alte Schulhaus Preisegg. Was mit dem Schulhaus zu geschehen hat, welche Möglichkeiten sinnvoll und finanzierbar sind, ist Gegenstand der Planung.

Diana Dähler

Die kleine Erweiterung des Spielplatzes zieht einen grossen Aufwand bezüglich der Baubewilligung nach sich. Das Baugesuch wurde jedoch publiziert. Die Einsprachefrist läuft bis am 8. Dezember 2025. Viele warten auf den sanierten Spielplatz, deshalb ist es wünschenswert, wenn die Frist ohne Einsprachen abläuft. Mit den Bauarbeiten könnte so im Frühling 2026 begonnen werden.

Wer einen Beitrag an den Spielplatz leisten möchte, kann für 100 Franken einen Pflasterstein kaufen. Dieser wird nach den Wünschen der Käuferin oder des Käufers graviert und im Rahmen der Sanierung auf dem Gehweg verlegt.



3.3. Bürgerinnen und Bürger haben das Wort

Hansueli Grossenbacher erkundigt sich, was mit den im Investitionsprogramm eingestellten 80'000 Franken für die Asylunterkunft geplant ist. Darüber ist in der Präsentation des Budgets nicht informiert worden. Weiter merkt er an, dass es sehr gefährlich ist, wenn die Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkunft ohne Leuchtwesten auf der Strasse unterwegs sind und sie dazu noch schwarz gekleidet sind.

Simon Röthlisberger erklärt, dass das Schulhaus nicht auf eine Wohnnutzung ausgelegt war, die Abnutzung deshalb viel grösser ist und nun Investitionsbedarf besteht. So wurde die alte Heizung und der Boiler ersetzt und im nächsten Jahr sollen die Duschen und die Warmwasserleitung saniert werden.

Raymond Weber ergänzt, dass sich der Gemeinderat Gedanken dazu machen muss, was mit der Liegenschaft zu geschehen hat. Wird sie weiterhin vermietet, so erhält die Gemeinde jährlich 258'000 Franken, muss aus den erwähnten Gründen aber auch investieren. Ein Verkauf hätte einen einmaligen Gewinn zur Folge. Vor- und Nachteile beider Varianten sollen sorgfältig geklärt werden.

Die Betreiber der Unterkunft werden am runden Tisch immer wieder aufgefordert, die Bewohnerinnen und Bewohner zum Tragen der Leuchtwesten anzuhalten. Die Gefahr besonders in dieser Jahreszeit ist bekannt. Leider kann die Gemeinde nicht mehr machen, als immer wieder darauf hinzuweisen.

Hans Schenk erkundigt sich, was der Stand des Verkehrskonzepts sei. Zwar sei der Eingang seiner Mitwirkung bestätigt worden, seither sei es aber still geblieben. Der Verkehr in der Dorfstrasse sei derweilen nicht weniger geworden.

Andres Baumgartner erklärt, dass die Einsprachen an das Verwaltungsgericht weitergezogen wurden und nach dessen Entscheid die Beschwerdefrist abgewartet werden musste. Die Arbeiten, besonders die Aufmalarbeiten auf den Strassen, können nur gemacht werden, wenn der Boden eine gewisse Temperatur aufweist. Deshalb wurde entschieden, die Arbeiten nicht mehr im Herbst, sondern erst im Frühling auszuführen. Er bestätigt, dass besser hätte informiert werden sollen.

Christian Siegenthaler weist auf die umgestürzte Esche bzw. die entstandenen Schäden am Gelände bei der alten Mühle im Biembach hin. Zum Glück sind bislang keine Personen zu Schaden gekommen. Der Gefahr sollte jedoch mehr Beachtung geschenkt werden.

Andreas Baumgartner führt aus, dass die Grundeigentümer auf ihre Verantwortlichkeit hingewiesen wurdenEN die betroffenen Bäume zu fällen. Das Gelände wird geflickt.

Raymond Weber informiert zum Schluss über die Umfahrung «Emmentalwärts». Zwei Beschwerden wurden an das Verwaltungsgericht weitergezogen und enden eventuell sogar vor dem Bundesgericht. Der Bau verzögert sich also weiter. Inzwischen sprechen die Verantwortlichen von einem Zeithorizont von 2040.



Gemeindepräsident Raymond Weber bedankt sich bei den Anwesenden für ihr Kommen und wünscht allen schöne Festtage und ein gesundes neues Jahr. Er schliesst die Versammlung mit dem Hinweis auf das bereitgestellte Apéro.

Gemeinde Hasle bei Burgdorf

Der Präsident

Die Sekretärin

Raymond Weber

Karin Berger